



**Beschluss der 33.Landesmitgliederversammlung(LMV) in Posenhofen  
vom 29. November - 1.Dezember 2013**

## **Sexarbeiter\*innenrechte stärken – Zwangsprostitution und Menschenhandel bekämpfen!**

Als feministischer Verband setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern auch für die Stärkung der Rechte und die Selbstbestimmung von Sexarbeiter\*innen ein. Gleichzeitig kämpfen wir gegen Ausbeutung im Prostitutionsgewerbe sowie gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel. Dies beinhaltet eine Differenziertheit bei der Betrachtung des Prostitutionsgewerbe, die Sexarbeiter\*innen nicht pauschal als Opfer stigmatisiert. Wir wollen selbstbestimmte und freiwillige Prostitution legalisieren und die Rechte von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern stärken, statt sie in die Kriminalität zu zwingen.

Die Kriminalisierung von freiwilliger Sexarbeit, sowie den groß angelegten "Appell gegen die Prostitution" der Zeitschrift EMMA lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern daher ab.

Prostitution kann nicht abgeschafft werden. Verbote machen die Ausübung unsichtbar und damit gefährlicher und drängen Sexarbeiter\*innen in die Schutz- und Rechtlosigkeit. Statt Ausgrenzung und Stigmatisierung zuzulassen gilt es, die Arbeitsbedingungen und das Beratungsangebot zu verbessern. Ein wichtiger Schritt sind dabei psychologische Betreuung und kostenlose Beratung in Bordellen und an anderen Orten, an denen Sexarbeit ausgeübt wird.

Außerdem fordern wir die bayerische Staatsregierung dazu auf, den § 3 des ProstG, der die Voraussetzungen für die Aufnahme von Sexarbeiter\*innen in Sozial- und Krankenversicherung schafft, endlich auch in Bayern umzusetzen. Dies beinhaltet auch die Einführung von Arbeitsverträgen im Prostitutionsgewerbe, in denen Bordellbetreiber\*innen einzig Ort und Zeit festlegen, die Sexarbeiter\*innen aber täglich die Möglichkeit haben, das Arbeitsverhältnis zu beenden. Arbeitsverträge klären zudem eventuelle Unklarheiten, beispielsweise bezüglich Abgaben an das Bordell etc., schon vor Beginn des Arbeitsverhältnisses.

Gleichzeitig wollen wir jede Form von erzwungener Prostitution und Menschenhandel effektiv bekämpfen. Hierbei handelt es sich nicht um Sexarbeit, sondern um Vergewaltigung! Eine uneingeschränkte Aufenthaltserlaubnis und stärkere Entschädigungsrechte für Betroffene von Menschenhandel sowie eine bessere internationale Kooperation für den Kampf gegen Menschenhandel sind dabei unsere Mindestforderungen. Mit dem Kampf für Sexarbeiter\*innenrechte muss natürlich gleichzeitig ein Kampf gegen ausbeuterische Verhältnisse in diesem Gewerbe und gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel einher gehen.

**Beschluss der 33. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Posenhofen (Nov/Dez 2013)**

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/> )